

Mitglieder-Info

Februar 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,



viel zu spät hat der schwarz-grüne Senat sein Programm für eine »Hamburger Konjunkturoffensive« vorgelegt. Mit 550 Mio. Euro (davon: 230 Mio. Euro vom Bund) soll die Wirtschaftskrise in Hamburg eingedämmt werden. Es wird den Herausforderungen, vor denen Hamburg steht, in keiner Weise gerecht, z.T. handelt es sich auch um reine Mogelpackung (Vorziehen von Investitionen, die eh schon geplant waren).

Dabei tut entschlossenes politisches Handeln not. Die deutliche Steigerung der Arbeitslosenzahlen im Januar oder die Brandmeldungen aus den Bereichen des Warenumschlags- und -transports (Hafen, Flughafen, Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen beim Otto-Versand etc.) sind deutliche Signale für die zu erwartenden Rückwirkungen von Finanzkrise und Rezession auf die Wirtschaft der Stadt. Da muss schon sehr viel mehr Geld in die Hand genommen werden, um auch nur die schlimmsten Folgen zu vermeiden.

Wie will man mit 3,5 Mio. Euro für Arbeitsmarktpolitik den drohenden Anstieg auf bis zu 100.000 Arbeitslose gegen Jahresende bekämpfen? Wie will man mit drei Mio. Euro für Grünanlagen oder Schulbaumaßnahmen von 97 Mio. Euro die marode Infrastruktur der Stadt auf Vordermann bringen, auf die der Rechnungshof in seinem jüngsten Bericht hingewiesen hat? Allein für die Schulsanierung müssten in einem ersten Schritt 600 Mio. Euro aufgebracht werden.

Offensichtlich unterschätzt die politische Führung der »Hamburg AG« die Tiefe und Länge der Wirtschaftskrise noch immer und hofft, dass sich im Sommer/Herbst der Nebel lichtet. Charakteristisch für die schwarz-grüne Politik auch: Arbeitsmarkt und Bekämpfung der sozialen Spaltung werden schlichtweg ignoriert, obwohl Maßnahmen wie z.B. die Einführung eines Sozialtickets oder das kostenlose Mittagessen für alle Kita-Kinder unmittelbar konjunkturwirksam wären.

Unsere Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb statt verzogter Konjunkturdokterei Sofortmaßnahmen gegen Armut, ein Landesprogramm Arbeit sowie ein Strukturprogramm

im Umfang von zwei Mrd. Euro jährlich, um den Abschwung abzumildern und gleichzeitig durch massive Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr und Kultur einen massiven Strukturwandel in der Stadt einzuleiten, der den Menschen eine neue Perspektive in Richtung eines sozialen, solidarischen und ökologischen Hamburgs eröffnet (siehe dazu den Flyer »Strukturprogramm für Hamburg« unter http://www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/PDF/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Strukturprogramm_Flyer_niedrig.pdf).

Typisch auch, dass für die Bezirke von der »Konjunkturoffensive« wenig abfällt. fünf Mio. Euro vorgezogene Investitionen für den Straßenbau und drei Mio. Euro für Grünanlagen – mehr nicht. Dabei ließe sich allein für Altona eine lange Liste von Problemfeldern aufstellen, wo dringend was passieren müsste (Schulen, Fahrradwege, Kulturzentren, Bücherhallen, Sozialdienste, Autobahndeckel, Verkehrsanbindung, sozialer Wohnungsbau – siehe dazu diverse Beiträge in diesem Info).

Statt kritischer Lageanalyse und Auseinandersetzung mit der Senatspolitik praktizieren Schwarz-grün in der Bezirksversammlung Altona »business as usual«. Die Koalitionäre machen sich schlichtweg keinen Kopf über die Wirkungen der Krise auf den Bezirk und was man dagegen tun müsste. Das Thema soziale Spaltung kennt man nicht und die wenigen Möglichkeiten, auf Bezirksebene zu gestalten, werden in der bekannten Weise genutzt: z.B. beim Autobahndeckel durch den Verkauf von Grundstücken und Gebäude etc. Der BürgerInnenwillen zählt wenig und wenn er sich zu deutlich manifestiert, wie beim Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Kleingärten, wird er durch Evokation ausgehebelt.

Gegen diese desaströse und undemokratische Politik formiert sich mehr und mehr sozialer Protest und unserer Partei kommt dabei eine wichtige Funktion zu. Auf Bezirksebene haben wir durch die Mitarbeit in Initiativen und Unterstützung der verschiedenen Bürgerbegehren unsere Rolle als linke politische Opposition wahrgenommen und dadurch politisches

Vertrauen gewonnen. Auf Landesebene rufen Partei und Bürgerschaftsfraktion zur Unterstützung der DGB-Demo am 12. Februar auf und organisieren für den 21. Februar eine Aktionskonferenz »Wir zahlen nicht für Eure Krise – Sozialprotest & Widerstand jetzt! in Hamburg«.

Wir stehen erst am Beginn einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Viele Menschen verstehen nicht, was da passiert, haben gleichzeitig aber wenig Vertrauen in die Lösungskompe-

tenz der politischen Parteien. Auch DIE LINKE wird dieses Misstrauen in »die Politik« nur zurückdrängen können, wenn sie glaubwürdige Deutungs- und Lösungsangebote entwickelt und gemeinsam mit den Betroffenen nach Wegen in Richtung einer solidarischen Gesellschaft und Ökonomie sucht.

Mit solidarischen Grüßen
Beate Reiss und Bernhard Müller

Aus der Bezirksfraktion

Bericht von der Sitzung der XVIII. Wahlperiode am Donnerstag, den 22.1.2009, im Kollegiensaal des Rathauses Altona, Platz der Republik 1

von Robert Jarowoy

Zunächst wurde im Ältestenrat, dem Vorbereitungsgremium der Versammlung, ein Antrag von uns von der Tagesordnung genommen, da er in ähnlicher Form schon im November gestellt und abgelehnt worden sei. Damals ging es um den Erhalt des zumindest in Iserbrook einzigartigen Biotops »Buchenwaldhof«, diesmal lautete der Antrag auf Aussetzung jeglicher bauvorbereitenden Maßnahmen (Baumfällungen) bis zur Auswertung des Bürgerbegehrens zum Erhalt des Buchenwäldchens. Dies wurde aus formalen Gründen der Geschäftsordnung wegen unzulässiger Mehrfachbefassung einfach gestrichen – auf Vorschlag der CDU, mit dem ausdrücklichen Beifall der GAL und Zustimmung der SPD, wengleich mit sorgenvoll gerunzelter Stirn, aber, wie stets, ohne Gegenwehr.

Die Versammlung begann mit einer Aktuellen Stunde zum Thema »Ein modernes (Jugend-) Strafvollzugsgesetz«. So recht ist mir zwar immer noch nicht klar, was das mit dem Bezirk Altona zu tun hat, oder ob es (von der GAL) nur eingereicht worden war, um unsere wirklich aktuellen Altona-Themen zu blockieren, also von der Tagesordnung fernzuhalten. Aber, da ich auf diesem Gebiet ein völliger Laie bin, möchte ich hier keine abschließende Bewertung abgeben.

Dann ging es um Blankenese »Verkehrsplanung – Dichtung und Wahrheit«, wo sich die CDU massiv darüber empörte, dass es dort ein Bürgerbegehren gegen die weitere Zubeto-

nierung des Bahnhofsvorplatzes und Marktplatzes durch die Pirelli RE gibt. Unser Abgeordneter Eckard Fey aus Blankenese hielt dazu eine glänzende Rede, die das Bürgerbegehren, wie wir es zuvor beschlossen hatten, unterstützte. Daraufhin begannen die anderen Fraktionen, allen voran die GAL, sich über uns lustig zu machen, weil wir doch eigentlich gar nichts mit Blankenese am Hut hätten und uns jetzt nur populistisch für diese Angelegenheit einsetzen würden.

Dann beschäftigte sich die BV – wieder einmal – mit dem Autobahndeckel, der angeblich nur dadurch finanziert werden kann, dass die Kleingärten in Ottensen/Othmarschen sowie in Bahrenfeld verkauft werden. Zum wiederholten Male haben wir darauf hingewiesen, dass dieses Junktim, diese Verknüpfung des Deckel-Baus mit dem Verkauf der Kleingartenflächen, völlig absurd und unzulässig sei, weil DIE LINKE. Altona genau wie die KleingärtnerInnen natürlich für den Deckel sind, dass dies aber nicht durch die Zerstörung der mehr als hundert Jahre alten Kleingarten-/Obstbaumkulturen geschehen dürfe, die man eben nicht einfach so auf einen Autobahndeckel verpflanzen könne. Nun ja, das wurde natürlich erneut von allen Fraktionen (CDU/GAL und SPD, FDP) abgelehnt. Wie stets.

Robert Jarowoy ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Leistungsfähige und bezahlbare ÖPNV-Anbindung für Lurup und Osdorfer Born!

von Carsten Strasser

Lurup/Osdorfer Born. Mit dem Winterfahrplan, der seit dem 14.12.2008 gilt, hat sich die Busanbindung für Lurup verschlechtert: Die Metrobuslinie 3 bedient jetzt nicht mehr Lurup, sondern die Großsiedlung Osdorfer Born. Ihr neuer Linienweg führt jetzt ab der Haltestelle »Bahrenfeld Trabrennbahn« über die Haltepunkte »Kressenweg – Immenbusch – Achtern Born – Böttcherkamp« zur Endhaltestelle »Schenefelder Platz«. Seitdem wird Lurup auf dem Linienabschnitt zwischen den Haltepunkten »Luruper Chaussee/DESY« und »Engelbrechtweg« nur noch durch die Metrobuslinie 2 erschlossen. Vor allem in den Hauptverkehrszeiten sind die

Busse der Linie 2 jetzt überfüllt – seit die Linie 3 für Lurup weggefallen ist.

Mit der Linienwegänderung der Metrobuslinie 3 erhält der Osdorfer Born jetzt in den Hauptbetriebszeiten eine zusätzliche Busanbindung mit 20-Minuten-Takt zum Stadtzentrum.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass der Osdorfer Born besser an die Innenstadt angebunden wird. Die jetzt gefundene Lösung kann für den Osdorfer Born nur ein erster Schritt sein. Der Nachteil, dass sich dadurch die ÖPNV-Erschließung für Lurup verschlechtert hat, ist aber für die Altonaer LINKE inakzeptabel.



Die neue Anbindung des Borns durch die Linie 3 war ein Wahlgewinn der CDU im letzten Bürgerschaftswahlkampf: Der damalige Senator für Stadtentwicklung Gedaschko hatte diesen Vorschlag am 20.2.2008 – kurz vor dem Wahltermin – auf einer Sitzung der »Borner Runde« verkündet. Offenbar war damit beabsichtigt, die schlechte Anbindung des Osdorfer Borns an den Nahverkehr kurzfristig wenigstens ein bisschen zu verbessern, indem weitgehend kostenneutral eine Buslinie von Lurup zum Born verlagert wird. Dies hat in Lurup zu Recht für einigen Unmut gesorgt. Die LINKSFRAKTION hatte deshalb eine Bürgereingabe im Verkehrsausschuss als Antrag aufgegriffen, die forderte, mit der Metrobuslinie 3 abwechselnd Lurup und den Osdorfer Born zu bedienen.

Die LINKEN beantragten in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 6.10.2008, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Verkehrsverbund ein neues Konzept für die Metrobuslinie 3 erarbeitet und umsetzt. Künftig soll in den werktäglichen Hauptverkehrszeiten eine abwechselnde Bedienung von Lurup und des Osdorfer Borns jeweils im 10-Minuten-Takt sichergestellt werden. Außerdem hat eine angemessene Bedienung durch die Metrobuslinie 3 an Sonnabenden sowie an Sonn- und Feiertagen zu erfolgen. Überraschenderweise wurde der LINKEN-Antrag im Verkehrsausschuss schließlich einstimmig von allen Fraktionen angenommen. Die schwarzgrüne Mehrheit machte dann aber in der Bezirksversammlung einen Rückzieher, folgte der Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses nicht und verwies die Sache zur erneu-

ten Beratung zurück in den Verkehrsausschuss. Dort fand sich schließlich keine Mehrheit mehr für unseren Antrag. Offenbar hatte die CDU Druck von der »Borner Runde« bekommen: Dort bestand völlig zu Unrecht die Sorge, dass durch den Beschluss des LINKEN-Antrags, die angestrebte Anbindung des Osdorfer Borns durch die Metrobuslinie 3 wieder gefährdet worden wäre.

Die Altonaer LINKSFRAKTION wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Lurup und der Osdorfer Born bezahlbar und leistungsfähig an den Nahverkehr angebunden werden. Lurup muss die Metrobuslinie 3 zurückerhalten. Der Osdorfer Born ist durch eine neue attraktive Buslinie an die Innenstadt anzubinden (Bornexpress). Dies hatte die Bürgerschaft mit einem interfraktionellen Antrag bereits in der letzten Wahlperiode angeregt. Lurup und Osdorf müssen vorrangig durch die Stadtbahn erschlossen werden. Die Altonaer LINKE hatte sich im November 2008 außerdem nochmals für die Einführung eines wirklichen Sozialtickets eingesetzt, monatlicher Preis: 15,00 EUR für den Großbereich Hamburg. Dies ist auch im Interesse der vielen Hartz IV- und Sozialhilfe-EmpfängerInnen, die in Lurup und im Osdorfer Born wohnen. Schließlich muss der Schnellbuszuschlag zügig abgeschafft werden: Relevant ist dies für die Schnellbuslinie 37, die auch den Osdorfer Born erschließt. Anzustreben ist auch eine generelle Senkung des allgemeinen HVV-Tarifs.

Karsten Strasser ist Mitglied der Bezirksversammlung Altona.

Wohnortnahe Pflegestützpunkte im gesamten Bezirk Altona!**von Karsten Strasser und Susanne David**

Osdorfer Born. Geht es nach dem Willen der schwarz-grünen Landesregierung, wird der erste und zunächst einzige Pflegestützpunkt im Bezirk Altona voraussichtlich im Gebäude des neuen Sozialen Dienstleistungszentrums, Achtern Born 135, eingerichtet werden. Die Einrichtung von Pflegestützpunkten ist Teil der zum 1.7.2008 in Kraft getretenen Pflegereform der Großen Koalition. Pflegestützpunkte dienen der wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Pflegeversicherten, die Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen. Es obliegt der Senatsbehörde für Soziales, Familie,

tungszentrum Alte Königstraße und an zwei weiteren Standorten geschaffen werden: ein Pflegestützpunkt je 60.000 Einwohner. Dies wäre lediglich ein erster Schritt, der noch weit hinter dem zurückbleibt, was Expertenkreise für notwendig halten. So empfiehlt das Kuratorium der Deutschen Altershilfe in der Regel jeweils für 10.000 bis 15.000 Einwohner einen Pflegestützpunkt vorzusehen. Zugestehen ist, dass die Einwohnerzahl je Pflegestützpunkt in dichtbesiedelten Großstädten höher anzusetzen sein mag. Bei vier Pflegestützpunkten besteht zudem die Möglichkeit der Spezialisierung auf be-



Gesundheit und Verbraucherschutz (im Folgenden: Sozialbehörde) das Ziel des Bundesgesetzgebers, die Bevölkerung wohnortnah mit Pflegestützpunkten zu versorgen, umzusetzen. Der daraufhin von Sozial- und Gesundheitssenator Wersich (CDU) initiierte Rahmenvertrag mit Kranken- und Pflegekassen sowie den Bezirksämtern erfüllt nicht annähernd das Ziel des Gesetzgebers, ein wohnortnahes Beratungsnetzwerk im Pflegebereich zu schaffen: Für den Bezirk Altona ist danach nur der bereits erwähnte Pflegestützpunkt im Osdorfer Born vorgesehen. Dies ist auch als erster Schritt völlig unzureichend!

Die Altonaer LINKSFRAKTION hat sich in der Sitzung der Bezirksversammlung am 22.1.2009 mit einem Antrag dafür stark gemacht, wohnortnahe Pflegestützpunkte im gesamten Bezirksgebiet zu schaffen. Angehörige von pflegebedürftigen Menschen sollen überall stadtteilnahe Beratungsangebote nutzen können. Als ersten Schritt forderte die Linksfraktion, vier Pflegestützpunkte im Bezirk einzurichten. Neben dem Standort im Sozialen Dienstleistungszentrum Osdorfer Born sollen danach Pflegestützpunkte im Sozialen Dienst-

leistungszentrum Alte Königstraße und an zwei weiteren Standorten geschaffen werden: ein Pflegestützpunkt je 60.000 Einwohner. Dies wäre lediglich ein erster Schritt, der noch weit hinter dem zurückbleibt, was Expertenkreise für notwendig halten.

So empfiehlt das Kuratorium der Deutschen Altershilfe in der Regel jeweils für 10.000 bis 15.000 Einwohner einen Pflegestützpunkt vorzusehen. Zugestehen ist, dass die Einwohnerzahl je Pflegestützpunkt in dichtbesiedelten Großstädten höher anzusetzen sein mag. Bei vier Pflegestützpunkten besteht zudem die Möglichkeit der Spezialisierung auf bestimmte Zielgruppen. So könnte sich einer der Stützpunkte dann auf Migrantinnen und Migranten spezialisieren. Die LINKE stellte ihre Forderungen alternativ zu einem Antrag der SPD-Bezirksfraktion zur Abstimmung. Die SPD-Fraktion forderte, zunächst den Pflegestützpunkt in Sozialen Dienstleistungszentrum Alte Königstraße und erst dann als zweites den Stützpunkt im Osdorfer Born zu realisieren. Ein dritter Pflegestützpunkt soll nach Meinung der SPD-Fraktion durch einen freien Träger angeboten werden. Nach Auffassung der LINKEN ist die SPD-Initiative aus zwei Gründen problematisch: Die Standorte im Osdorfer Born und in der Altonaer Altstadt sind beide gleich notwendig. Die Betroffenen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Außerdem ist es problematisch, den Betrieb von Pflegestützpunkten auf freie Träger zu übertragen: Leider allzu oft müssen dort Beschäftigte zu schlechten tariflichen Bedingungen arbeiten.

Offenbar war den anderen Fraktionen die Kritik der LINKEN zu unbequem: Alle Fraktionen stimmten gegen den Antrag der LINKEN. Völlig daneben war das Argument des CDU-Fraktionsvorsitzenden, die LINKE solle doch derartige

Anträge im Bundestag stellen, denn die Pflegestützpunkte beruhen ja auf der Pflegereform, die ja ein Bundesgesetz sei. Dabei ignorierte der CDU-Fraktionschef, dass Bundesgesetze von den Ländern vollzogen werden: Die Sozialbehörde ist bundesgesetzlich verpflichtet, Pflegestützpunkte einzurichten. Natürlich kann die Altonaer Bezirksversammlung Empfehlungen an die Sozialbehörde aussprechen, in welchem Umfang im Bezirk Pflegestützpunkte einzurichten sind.

Jugendhilfeausschuss: Sozialräumliche Angebotsentwicklung

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) der Bezirksversammlung Altona befasst sich derzeit sehr eingehend mit einem besonderen sozialpädagogischen Angebot, nämlich der sozialräumlichen Angebotsentwicklung (SAE). Sie richtet sich an Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die besonders gefördert und unterstützt werden müssen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Arbeitslosigkeit, die Abhängigkeit der Familie vom Bezug des Arbeitslosengeldes II, Armut trotz Arbeit, Verschuldung, Überforderung bei der Erziehung der Kinder, die Sorge um die Existenzsicherung, Suchtkrankheiten, erhebliche motorische und sprachliche Defizite bei Kindern, hohe Unterrichtsfehlzeiten, Strukturlosigkeit in der Erziehung, mangelndes Durchhaltevermögen, Gewalt oder die stete Angst um den Erhalt des Aufenthaltsstatus bei Familien aus Nicht-EU-Staaten belasten diese Familien sehr.

Das Bezirksjugendamt richtete die SAE-Projekte insbesondere in den Stadtteilen ein, in denen diese sozialen Merkmale häufig auftreten. Die Finanzierung erfolgt übrigens über so genannte Rahmenezuweisungen aus dem Landeshaushalt. Der Bezirk Altona kann dafür in diesem Jahr über ein Gesamtbudget in Höhe von 577.000 Euro verfügen. Viele Einrichtungen aus den unterschiedlichen Bereichen der Jugendhilfe bildeten unter Einbeziehung von Schulen und Sportvereinen Sozialraumteams und entwickelten gemeinsam für die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern an ihren Lebensorten vielfältige Angebote, von Einzelfall- und Familienberatungen über Theater-, Koch- und Spielgruppen bis zu sportlichen Aktivitäten, Schularbeitenhilfe, Sprachförderung und Angeboten im Rah-

Der SPD-Antrag wurde dagegen zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren überwiesen.

Susanne David ist als Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren der Bezirksversammlung Altona aktiv. Karsten Strasser ist Mitglied der Bezirksversammlung Altona.

von Volker Vödisch

men der Berufsfindung. Diese Angebote werden überall stark genutzt.

Diese SAE-Maßnahmen dienen auch dazu, schon im Vorfeld einer familiären Krise und im Vorwege der Gefährdung des Kindeswohls mit nachhaltigen Angeboten einzugreifen und möglicherweise Hilfen zur Erziehung zu vermeiden. Durch die Nähe zum Lebensort der Familien und über die Bekanntheit der Einrichtungen vor Ort bietet sich Kindern wie Eltern ein niedrigschwelliger Zugang.

Trotzdem stieg in den letzten Jahren die Zahl der gemeldeten Kindeswohlgefährdungen und der ambulanten wie stationären Hilfen zur Erziehung sprunghaft an. Die Armutsrate ist insbesondere bei Familien mit Kindern stark angewachsen. Viele Kinder bleiben in ihren Familien in vielen Belangen unterversorgt.

Dies kann weder von den Einrichtungen der Jugendhilfe noch von der sozialräumlichen Angebotsentwicklung nachhaltig angegangen werden, solange nicht genügend Geld in die Hand genommen wird, um dort viel mehr Fachpersonal anzustellen und um das eher schmale Angebot merklich auszubauen. Viele soziale Einrichtungen sind ernsthaft unterbesetzt bzw. mit zu wenig Stellen versehen, müssen aber die sozialräumliche Angebotsentwicklung obendrein bewältigen. Dieser Vorgang verhindert eine bessere Versorgung und Förderung von mehr hilfsbedürftigen Kindern, Jugendlichen und Eltern, als derzeit bedient werden können.

Volker Vödisch ist Mitglied des JHA Altona.



Aus der Bürgerschaftsfraktion

Schwarz-grüne Kulturpolitik – arrogant, unverschämt und elitär

von Norbert Hackbusch



Donnerstag, den 23. Januar abends in der Hamburgischen Bürgerschaft. Angemeldet war der Antrag der LINKEN »Kultur für alle – Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen«, in dem auf die Aufgabe und Verpflichtung von Staat und Politik hingewiesen wird, die kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen. Gerade auch die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung ist eine wichtige Aufgabe, der sich die Hamburger Kulturpolitik stellen muss. Und der Antrag macht – neben der Aufforderung an den Senat, »zu prüfen, mit welchen Maßnahmen und Angeboten die kulturelle Teilhabe von sozial schwächer gestellten Personen von Jung bis Alt erreicht werden kann« – einige konkrete Vorschläge:

- mit öffentlich geförderten Kultureinrichtungen in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, ein Kulturticket analog dem Berliner Modell des 3-Euro-Tickets einzuführen;
- die internationalen Erfahrungen mit freiem Eintritt oder einzelnen Tagen mit freiem Eintritt zu den ständigen Sammlungen in Museen übernehmen;
- die Erfahrungen mit »Bezahl was Du kannst« ausweiten. Erst im Dezember wurde im Schauspielhaus dieses Bezahlverfahren ausprobiert und von den Verantwortlichen als Erfolg bilanziert.

Von unserer Bürgerschaftsfraktion wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass Oper, Theater und Museen in Hamburg mit über 100 Millionen jährlich unterstützt werden und die Eintrittspreise nur einen kleinen Teil der Kosten decken. Sie dürfen nicht zum Ausschluss an der kulturellen Teilhabe führen.

Ein Ausschluss von großen Teilen der Hamburger Bevölkerung von den Kulturgütern ist schlecht für die Kultur, zumal sie ihre wichtige Aufgabe, eine Klammer für die Gesellschaft, ein Hort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sein, nur unzureichend wahrnimmt und wahrnehmen kann. Sie droht in ihren hochkünstlerischen und -subventionierten Bereichen eine sich selbst bestätigende Elitär-Kunst zu werden.

Das ist schlecht für die Gesellschaft, da die kulturelle Auseinandersetzung wichtig für ihren Zustand und ihre Entwicklung ist. Das ist sozial ungerecht – zumal viele Menschen gern an dieser Kultur teilnehmen wollen, aber aufgrund der hohen Eintrittspreise daran gehindert werden. Die Fraktion beantragte, diesen Antrag an den Kulturausschuss zu überweisen, so dass dort noch einmal in Ruhe mit weiteren Informationen andere und weitere Aktionen diskutiert und überlegt werden können. Aber damit hatten wir die Rechnung ohne die herrschende Koalition von CDU und GAL gemacht, denn von unserer Fraktion wollen sie im Moment nichts in Ausschüsse überweisen. Und so stellten sie einen eigenen Antrag, der schlecht formuliert war, aber immerhin die Überschrift »Kultur für alle« von uns geklaut hatte. Dann musste sie – um ihre politische Dummheit hervorzuheben – formulieren: »Es ist positiv hervorzuheben, dass die staatlichen Hamburger Museen und Theater eine differenzierte Preisstruktur anbieten, die sozial Benachteiligten am Kulturleben der Stadt nicht völlig ausschließt.« – Na toll !!!

Ihre ganze politisch-kulturelle Unverfrorenheit zeigt sich aber in folgendem Satz: Der Senat möge berichten, »welche Maßnahmen andere Kommunen erfolgreich ergreifen, um Kinder und Jugendliche sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten an das kulturelle Leben heranzuführen.« Kein Wort von Rechten auf Teilhabe, sondern höchnäsige arrogante Zuweisung. Trotzdem wird der Senat zu diesem Thema berichten müssen. Und wir von der Fraktion versprechen: Wir bleiben dran in der Bürgerschaft, vielleicht ja auch mit vielfältigen kleinen Aktionen.

Unseren Antrag findet ihr unter: http://www.linksfraktion-hamburg.de/nc/buergerschaft/initiativen_und_antraege/detail/zurueck/initiativen-und-antraege/artikel/kultur-fuer-alle-kulturelle-teilhabe-fuer-alle-ermoenlichen/

Aus der Partei

Kandidaturen für den Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona)



Am 16. März wollen wir auf einer Wahlkreisvollversammlung eine Wahlkreiskandidatin/einen Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl am 27.9.2009 wählen. Wir bitten darum, Kandidaturen bis zum 27. Februar beim Bezirksvorstand anzumelden. Wir werden sie dann umgehend auf unserer Website und im Mitglieder-rundbrief März bekannt machen.

Die Bewerbung sollte einen Lebenslauf, Begründung der Kandidatur und ein aktuelles Foto beinhalten, so dass sich die Parteimitglieder schon vor der Wahlkreisvollversammlung einen Eindruck verschaffen können.

Bewerbung per e-Mail bitte schicken an
Gerd Lauer mann: kaizen007@hotmail.com
oder Beate Reiss: Stadt-Land@t-online.de
Die Postadresse ist:
DIE LINKE.Altona, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bericht von der Sitzung der Stadteilgruppe Altona-Altstadt

Jan van Aken erläuterte uns seine Kandidatur auf der Landesliste für die kommende Bundestagswahl. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Friedenspolitik, Umwelt und Bildung. Er wird sich in der nächsten Zeit auch den anderen Stadteilgruppen im Bezirk Altona vorstellen.

Aus aktuellem Anlass haben wir unsere Eindrücke vom Gaza-Krieg ausgetauscht. Trotz teilweise unterschiedlicher Meinungen waren sich alle einig, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet werden muss, weil er hauptsächlich zivile Opfer fordert. Die Verantwortung liegt bei westlich-imperialistischen Staaten einerseits, islamistischen Kräften andererseits.

Kommunales: Michael wurde beauftragt, über die Künstler im Neuen Forum an der Großen Bergstraße zu prüfen, ob DIE LINKE bei der Mobilisierung der MieterInnen gegen die geplanten Sanierungsmaßnahmen mitwirken kann. Erfreulicherweise sind die Anwohner mit Hilfe des Vereins »Mieter helfen Mietern« schon aktiv geworden und haben festgestellt, dass die bisherigen Ankündigungen der Vermieter viel zu unpräzise sind, um rechtswirksam zu werden. Die zu erwartende

von Werner Haertel, Mitglied des Bezirksvorstands

Auseinandersetzung sollten wir z.B. durch Verteilen von Informationsmaterial und Hilfe bei der Organisation einer Veranstaltung mit »Mieter helfen Mietern« unterstützen. Ein Ziel sollte sein, dass die zahlreichen KünstlerInnen nicht alle in die oberen Stockwerke abgedrängt oder ganz vertrieben werden. Anita regt an, dass hier ein Zentrum für Bildende Kunst und Musik mit öffentlichen Mitteln gefördert werden sollte, statt Millionen in die Elbphilharmonie zu stecken!

Das neue Kreuzfahrt-Terminal soll schon zum Sommer fertig werden, die Beach-Clubs sind schon nach St.Pauli verlegt worden. Auch wenn deren Publikum nicht unsere vorrangige Klientel ist, sollten wir diese Vorgänge nicht kritiklos hinnehmen. Die Forderung der LINKEN nach Stromversorgung der Schiffe dort vom Land muss auch Thema in der Bezirksversammlung werden.

Last not least: In der Ludwigstraße 11 im Schanzenviertel soll ein historisches Holzhaus von 1830 (!) – leider schon ziemlich zu Tode modernisiert – abgerissen werden, näheres unter <http://esregnetkaviar.wordpress.com/2008/12/12>

DIE LINKE lernt: Innerparteiliche Fortbildung im ersten Halbjahr 2009

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Landesverbands unserer Partei finden auch zwei Veranstaltungen in Altona statt auf die wir euch hier besonders hinweisen möchten.



14.2.2009: Jahrhundertkrise des Kapitalismus?

Samstagsseminar mit Joachim Bischoff
Finanzmarktkrise und die weltweite Rezession sind die schwersten Erschütterungen des Weltmarkts und der entwickelten kapitalistischen Länder seit der Weltmarktkrise in den 1930er Jahren. Die Notenbanken der Welt haben zunächst massiv Geld in die Märkte gepumpt, um die Liquidi-

tätskrise der Banken abzufedern. Mit weiteren massiven Finanzmitteln etlicher Staaten wird mit einem »Schutzschirm für Banken« versucht, den Systemcrash zu verhindern und eine neue Regulierung der Finanzmärkte einzuleiten. Demgegenüber bleiben die Versuche, mit einem »Schutzschirm für Arbeitsplätze« Dauer und Tiefe der realwirtschaftlichen Krise abzufedern, zaghafte. Finanzkrise und Rezession lassen die sozialen Sicherungssysteme weiter erodieren und treiben die gesellschaftlichen und politischen Institutionen in eine weitreichende Krise.

Was sind die Gründe der geplatzten Vermögensblase im Finanz- und Immobilienbereich? Wie ist der Zusammenhang mit der realwirtschaftlichen Entwicklung in den kapitalistischen Metropolen? Wie ist der weitere Gang der Jahrhundertkrise einzuschätzen? Wie kann man die Finanzmärkte politisch regulieren? Was sind die politischen Alternativen in Rezession und Gesellschaftskrise?

7.3.2009: Rechtspopulismus und extreme Rechte – Ursachen und Gegenstrategien

Samstagsseminar mit Christiane Schneider, Dirk Kölsche und Bernhard Müller



Die extreme Rechte spielt gegenwärtig auf Bundesebene nur eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl wäre es fahrlässig sie zu einem politisch irrelevanten Faktor zu erklären. Dies zeigen nicht zuletzt die Kommunalwahlen in Sachsen. Zudem be-

legen die periodisch auftauchenden Kampagnen gegen »Sozialschmarotzer« z.B. in der Bild-Zeitung die Existenz von rechtspopulistischen Vorteilsstrukturen bei größeren Teilen der Bevölkerung, die sich gegebenenfalls politisch instrumentalisieren lassen.

Was sind die gesellschaftlichen Ursachen für diese ressentimentgeladenen Elemente des Alltagsbewusstseins und damit die Fortexistenz von rechtsradikalen bzw. rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen? In welchen Formen tritt der Rechtsextremismus heute auf? Was unterscheidet ihn vom historischen Faschismus? Wie kann DIE LINKE die extreme Rechte bekämpfen? Welche Rolle spielt die extreme Rechte in Hamburg? Wie stehen wir zu einem NPD-Verbot?

Beide Veranstaltungen finden von 10:00 bis 16:00 Uhr statt im Parteibüro DIE LINKE.Altona, Am Felde 2
Verbindliche Anmeldung (möglichst per E-Mail) an:
Regine.Brueggemann@t-online.de | Tel. 040/29 82 09 60
(Anrufbeantworter) oder HObens@t-online.de

Selbstverständlich seien euch auch alle anderen Bildungsveranstaltungen unseres Landesverbands ans Herz gelegt. Das vollständige Programm findet ihr unter: http://www.die-linke-hh.de/fileadmin/IPB/2009-01_web.pdf

Aus dem Bezirk

Schließung von Bücherhallen, Abholzung von Bäumen (Buchenhof) und Zerstörung gewachsener Ortskerne (Blankenese)

von Robert Jarowoy, Bernhard Müller und Beate Reiss

Gegen den Willen der Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen, hat der Senat beschlossen, die Bücherhallen in Rissen und Iserbrook zu schließen. Ersatz soll eine neue Bücherhalle am Blankeneser Bahnhof bieten, wo ausgerechnet beim Immobilieninvestor Pirelli (dem man den Bahnhof zuvor verkauft hat) Räume angemietet worden sind.

Die schwarz-grüne Landesregierung setzt damit eine unseelige Politik fort, die schon 1996 vom damaligen SPD-Senat eingeleitet wurde: die Schließung von Bücherhallen vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen. So wurden zwischen 1996 und 2004 19 Bücherhallen zugemacht (sieben neue kamen durch Zusammenlegungen dazu) und 130 Stellen abgebaut. Der CDU-Senat zwang dann die »Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen« (HÖB) durch Kürzung ihres Etats im Doppelhaushalt 2005/2006 um 900.000 Euro zu weiteren Schließungen. Dem fielen u.a. die Bücherhallen in Dulsberg und Lurup zum Opfer.

Gegen die Schließung der Bücherhallen in Iserbrook und Rissen mobilisieren die Bürgervereine von Blankenese, Rissen und Stülldorf-Iserbrook mit Unterschriftensammlungen und Protestnoten an die Bezirksversammlung. In einem gemeinsamen Antrag haben sich SPD, FDP und DIE LINKE im November 2008 für die Sicherung aller HÖB-Standorte eingesetzt.

DIE LINKE.Altona fordert die Beendigung der Politik der Demontage der sozialen Infrastruktur (Bücherhallen,

Schwimmbäder, Schulen etc.) in den Stadtteilen – vor allem in eh schon benachteiligten Quartieren. Der HÖB müssen aus dem Landeshaushalt ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um alle Bücherhallenstandorte erhalten und dort (wieder) neue eröffnen zu können, wo sie dringend benötigt werden, also z.B. in Lurup oder Dulsberg. Diese Investition wäre ein bescheidener Beitrag sowohl zur Bekämpfung der sozialen Spaltung der Stadt und des Bezirks wie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen.



Wie weit sich die schwarz-grüne Koalition sowohl auf der Hamburger Landesebene als auch auf der Altonaer Bezirksebene von den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entfernt hat, zeigen auch zwei gegenwärtig mit viel Schwung unter Beteiligung großer Teile der Bevölkerung begonnene Bürgerbegehren in Iserbrook und in Blankenese. Ersteres richtet sich gegen die weitgehende Abholzung des Buchenhof-Waldes durch den mit der CDU eng verknüpften BVE (Bauverein der Elbgemeinden), letzteres gegen die ohne-

hin schon sehr weit fortgeschrittene Zerstörung des Blankeneser Ortskerns im Zuge der Umgestaltung des an Pirelli RE verkauften Blankeneser Bahnhofs und Bahnhofvorplatzes.

DIE LINKE.Altona unterstützt beide Bürgerbegehren und hofft, dass hiermit das Konzept der »wachsenden Stadt« des CDU/GAL-Senats, das die Zerstörung von Natur und gewachsenen Stadtteilstrukturen zur Folge hat und billigend in Kauf nimmt, auch in Altona ein wenig zurückgedrängt werden kann.

Evokation der Planung des Lärmschutzdeckels für die A7 durch den Senat tritt den Willen der BürgerInnen Altonas mit Füßen

von Robert Jarowoy und Bernhard Müller



Nun ist es sozusagen amtlich: Der Senat will die Entscheidung über den geplanten Lärmschutzdeckel für die Autobahn 7 zur Chefsache machen. In einer vertraulichen Senatsdrucksache bittet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) den Senat, alle mit dem Planverfahren zusammenhängenden Entscheidungen an sich zu ziehen, das Projekt also zu evozieren. BSU-Sprecher Enno Isermann macht als Begründung geltend: »Der Autobahndeckel ist von gesamtstädtischem Interesse und berührt gleich zwei Bezirke.«

Der Hintergrund: Die Evokation bietet dem Senat die Möglichkeit, ein in Altona laufendes Bürgerbegehren auszuhebeln, mit dem sich KleingärtnerInnen gegen den Verkauf ihrer Parzellen wehren. Dieses Bürgerbegehren der Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Bau eines Autobahndeckels, sondern allein gegen die Finanzierung einer über die Planungen des Bundes hinausgehenden Überdeckung durch den Verkauf praktisch aller meist hundert Jahre alter Kleingartenanlagen in Ottensen/Othmarschen und Bahrenfeld.

Die nun von der BSU geforderte Übernahme der Bauleitplanung weg vom Bezirk hat ausschließlich den Zweck, das Finanzierungsmodell des Senats und damit den weiteren Verkauf öffentlichen Eigentums durchzusetzen. In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung Altona am 22.1.2009 hat die GAL-Fraktionsvorsitzende Boehlich hierzu eindeutig klarge-

stellt: »Begreifen Sie doch endlich, dass ein alternatives Finanzierungskonzept politisch nicht gewollt ist!«

Die Fraktion DIE LINKE in der BV Altona hat mehrfach darauf hingewiesen, dass in Altona viele öffentliche Gebäude verkauft werden (Gesundheits- und Jugendamt, Finanzamt, Seefahrtsschule, Gartenbauamt usw.), deren Erlöse in den Grundstock der Finanzbehörde fließen. Diese Mittel könnten bei entsprechendem politischen Willen statt z.B. in die Finanzierung der Elbphilharmonie für den von allen gewollten A7-Deckel genutzt werden.

Schließlich: Wenn die Behörde (BSU) jetzt, nachdem das Bürgerbegehren für den Erhalt der Altonaer Kleingärten erfolgreich abgeschlossen wurde, den Senat zur Evokation auffordert, heißt das, dass sie die anstehenden Schiedsverhandlungen zwischen den Vertrauensleuten des Bürgerbegehrens, den VertreterInnen der in der Bezirksversammlung Altona vertretenen Parteien sowie dem Bezirksamt Altona genauso zur Farce werden lässt wie den im Nichteinigungsfall anstehenden Bürgerentscheid.

Wir kennen dieses undemokratische, den BürgerInnenwillen mißachtende Verfahren leider schon vom Bürgerentscheid für den Erhalt des Bismarckbades. Aber wir werden nicht müde, den berechtigten Kampf der KleingärtnerInnen, der in der Altonaer Bevölkerung großen Rückhalt hat, zu unterstützen.

Apfelbaum braucht Wurzelraum Gärten für Altona

Kleingärtner und Anwohner für den Erhalt der Kleingärten an Ort und Stelle

Pressemitteilung Hamburg, 30. Januar 2009

Senat will Deckelprojekt evozieren – Politiker fürchten Bürgerwillen

Mit dem gestrigen Vorschlag der BSU, dass Planverfahren für den Autobahndeckel zu evozieren und damit den Bürgerentscheid zum Erhalt von über 500 Altonaer Kleingärten auszuhebeln, hat GAL-Senatorin Anja Hajduk eine Bankrotterklärung in Sachen Demokratieverständnis abgeliefert.

Noch vor einen Jahr hat die GAL in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl mehr Bürgerbeteiligung gefordert. Doch Bürgerbeteiligung ist offensichtlich auch bei der GAL unerwünscht, wenn die Bürger anderer Meinung sind als die Politiker.

Der Bürgerentscheid zum Erhalt der Kleingärten wäre mit Sicherheit ein Debakel für die GAL geworden. Denn immer mehr Bürgerinitiativen im Bezirk Altona und in ganz Hamburg kämpfen für den Erhalt öffentlicher Grünflächen und gegen den Verkauf städtischer Grundstücke.

Wenn der Autobahndeckel ein Projekt von »gesamstädtischem Interesse« ist, dann muss die Stadt auch ein Konzept vorgeben, das nicht zum großen Teil aus dem Flächenverkauf eines Bezirkes finanziert wird und dem Bezirk überdies die Entscheidung über seine Flächen aus der Hand nimmt.

Altona wird beim derzeitigen Planungsstand der BSU 35 ha Grünfläche verlieren und nur 15 ha begrünerten Deckel dafür bekommen.

Wir in Altona werden diese Entscheidung nicht kampflos hinnehmen, denn wir wissen, dass sich in ganz Hamburg immer mehr Widerstand gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums und die Bebauung von Grünflächen regt.

Kontakt: Apfelbaum braucht Wurzelraum – Rainer R. Scholz, Eulenstr. 95, 22763 HH,
Tel.: 390 93 73 – Mobil: 0163-890 93 73 – E-Mail: info@wurzelraum.de



Neu: LINKER-SENIOREN-TREFF (LST) 58 plus

von Günter Pingel

Über 20 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind Rentenbezieher. In Hamburg gibt es 420.000 ältere Menschen bei einer Gesamteinwohnerzahl von 1,72 Mio. Es wird prognostiziert, dass 2020 25% der RentnerInnen in Deutschland armutsgefährdet sind. Die Zahl der Menschen, die auf Grundversicherung angewiesen sind, liegt z.Zt. bei 800.000. Auf diesem

Hintergrund ist unsere Partei aufgerufen, sich verstärkt um die älteren Menschen zu kümmern und hier im besonderen auch um die Klein- und SozialrentnerInnen. Es besteht die Gefahr, dass alte Menschen immer mehr an den Rand gedrängt und von der Teilhabe im sozialen und kulturellen Bereich ausgeschlossen werden. Es werden immer mehr ältere



Menschen, die auch weiterhin mobil bleiben wollen und ihre Teilhabe am soziokulturellen Leben fordern. Für diesen Personenkreis gibt es noch viel zu tun, z.B. für Gehbehinderte, Rollator- und Rollstuhlfahrerinnen.

Um die Anliegen der älteren Menschen gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik zu vertreten, gibt es in Hamburg seit 1979 die »Anordnung des Senats über die Einrichtung von Seniorenvertretungen«.

So werden alle vier Jahre auf Bezirks- und Landesebene Seniorenbeiräte gewählt. Dazu entsenden Alten-Einrichtungen, Seniorenkreise aus Bildung und Kultur, Kirchen, Sport, Politik, Gewerkschaften und Verbänden, in denen ältere Mitbürgerinnen aktiv sind, Delegierte in die Senioren-Delegiertenversammlung des Bezirkes. Dort werden dann der Vorstand der Delegierten-Versammlung und der Bezirks-Seniorenbeirat (BSB) gewählt.

Im Amtlichen Anzeiger des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes von 1997 heißt es u.a.: »Die Delegierten müssen das 58. Lebensjahr vollendet haben. Jeder Delegierte kann sein Amt jederzeit niederlegen; eine Nachfolge für die laufende Amtszeit sollte gewährleistet sein.«

Aus der Maßgabe des 58. Lebensjahres für dieses Amt ist auch der Name »LINKER SENIOREN-TREFF 58plus« (LST 58plus) abgeleitet, den der Autor dieses Beitrages als Name für das von unserer Partei auf Bezirksebene zu gründende Senioren-Gremium vorschlägt. Auf der Januar-Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes unserer Partei wurde Günter Pingel als Kandidat für die Bezirks-Senioren-Delegiertenversammlung vorgeschlagen und als Stellvertreter Jan Thiem. Für Montag, den 23.3.09, 19.30 Uhr im Parteibüro, Am Felde 2, sollen alle ca. 40 Mitglieder ab 58 Jahre zur Diskussion und Wahl eingeladen werden.

Altona, eine Stadt in Europa

von Robert Krause



Europa, ist immer so ganz weit weg. Und die Politik auf europäischer Ebene noch unverständlicher als auf nationaler Ebene. Dies spiegelt sich auch in der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament wieder. Doch wir müssen hier die Suppe auslöffeln, die in Brüssel verzapft wird. Tausende von Vorschriften und Bedingungswerken regeln schon heute unser Leben. Viele Vorschriften können wir auf nationaler Ebene gar nicht mehr beeinflussen. Um so schlimmer ist die stark konservative und neoliberale Zusammensetzung des europäischen Parlamentes.

Erinnert sei hier nur an das Port Package I + II genannte Gesetzgebungsverfahren, das glücklicherweise gescheitert ist und die Entscheidung des Europäische Gerichtshofs, die Tarifreueerklärungen für unwirksam zu erklären. Durch diesen Richterspruch werden auch hier in Hamburg die Löhne und Gehälter in den nächsten Jahren sinken.

Die Linke setzt sich nach wie vor für ein geeintes, entmilitarisiertes und soziales Europa ein. Die Antwort auf die europäische Geschichte kann nur ein schrankenloses und geeintes Europa frei von national chauvinistischer Machtpolitik

sein. Doch in dem gescheiterten Vertrag von Nizza und dem Nachfolgevertrag von Lissabon, der noch nicht in Kraft getreten ist, wird ein Europa der Kapitalverwertung zementiert. Es geht hier nicht darum, soziale Mindeststandards zu schaffen, sondern diese, sofern noch vorhanden, abzuschaffen.

Die Linke tritt dafür ein, dass in Europa die Wirtschaftspolitik koordiniert wird und keine Wirtschaftskriege geführt werden. Die in den Maastrichter Verträgen festgelegten Kriterien verhindern eine sinnvolle Beschäftigungspolitik auf nationaler Ebene.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Maastricht-Kriterien müssen aufgehoben werden und die EU muss das Recht auf eine Ausbildung, einen Arbeitsplatz und ein menschenwürdiges Dasein in Ihren Grundlagenvertrag aufnehmen. Die EU muss außerdem eine aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik betreiben. Das Ziel kann nur »Gute Arbeit« für alle sein.

Termine

Donnerstag, 12.2.2009

DGB-Demo: »Das Casino schließen«

Zeit: 16.30 Uhr; Treffpunkt: Gewerkschaftshaus

Freitag, 13.2.2009

Bürgersprechstunde mit Norbert Hackbusch

Zeit: 17.00-19.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Samstag, 14.2.2009

Jahrhundertkrise des Kapitalismus?

Bildungsveranstaltung mit Joachim Bischoff

Zeit: 10.00-16.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 16.2.2009

Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Samstag, 21.2.2009

»Wir zahlen nicht für Eure Krise«

Konferenz von Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion

Ort: Rathaus

Donnerstag, 26.2.2009

Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

Montag, 2.3.2009

DIE LINKE.Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Samstag, 7.3.2009

Rechtspopulismus und Gegenstrategien

Bildungsveranstaltung mit Christiane Schneider,

Dirk Kölsche und Bernhard Müller

Zeit: 10.00-16.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Es muss eine öffentliche Diskussion über die Inhalte der Vertragswerke erfolgen und diese müssen EU-weit in Volksabstimmungen genehmigt werden. Auch wenn die Beschäftigung mit den europäischen Themen oft etwas schwer fällt, dürfen wir hier den Neoliberalen und Rechten nicht das Feld überlassen. In diesem Jahr besteht eine gute Aussicht darauf, einen Linksschwenk in der Europäischen Union einzuleiten. Darum, lasst uns der Europawahl den Stellenwert zukommen, den Europa schon heute in unserem täglichen Leben hat.

Fahrplan zur Europawahl 2009

- 28. Februar vormittags Europaparteitag DIE LINKE in Essen - Diskussion und Verabschiedung des Europawahlprogramms
- 28. Februar nachmittags und 1. März VertreterInnenversammlung - Wahl der Liste
- 7. Juni Europawahl in Deutschland

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 9.2./9.3.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: bitte erfragen

Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: 24.2.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Stefan Ziefle, Tel.: 040-3861 25 42

Eckhard Dörger, Tel.: 040-389 84 86

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: 18.2.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29/

Ecke Mendelsohnstraße

Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: 12.2./12.3.

Zeit: 19.30 Uhr ; Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Kontakt: Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 9.2./9.3.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Beate Reiss, Tel.: 040-39 63 86

Einladung zur Mitgliederversammlung



Am: **Montag, den 16. Februar 2009**. Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Parteibüro, Am Felde 2 (Hinterhof), Hamburg-Ottensen

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Bilanz der Arbeit von Partei und Fraktion in 2008
4. Jahrhundertkrise des Kapitalismus – Stunde der Linken? (dazu: Georg Fülberth, Genügsame Erleichterung – Zur Lage der Linkspartei nach den jüngsten Wahlen in Hessen)
5. Sonstiges (Bericht aus Bezirksversammlung, Bürgerschaft und Bezirksvorstand; Finanzen)

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß (0174/6102395)/Bernhard Müller (0160/92316471/Gerd Laueremann (0163/6345184)

Einladung zur Wahl- und Mitgliederversammlung



- I. Zur Wahlkreisvollversammlung für den Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona) zur Wahl einer Wahlkreiskandidatin/eines Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl am 27.9.2009
- II. Zur Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Altona

Hamburg, den 9. Januar 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bezirksvorstand lädt Euch sehr herzlich zur Wahlkreisvollversammlung und zur Mitgliederversammlung ein. Sie findet statt

am **Montag, den 16. März 2009**,

Beginn der Wahlkreisvollversammlung: 18.30 Uhr

Beginn der Mitgliederversammlung: 20.30 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2 (Hinterhof), Hamburg-Ottensen

I. Wahlkreisvollversammlung: 18.30–20.30 Uhr

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Regularien
2. Wahl einer Wahlkreiskandidatin/eines Wahlkreiskandidaten für den Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona)

Hinweis:

Stimmberechtigt bei der Wahl des Wahlkreiskandidaten sind alle Parteimitglieder mit erstem Wohnsitz im Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona), die am Tag der Wahl des Wahlkreiskandidaten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und mindestens 18 Jahre alt sind.

II. Mitgliederversammlung 20.30–22.00 Uhr

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Nachwahl eines Bezirksvorstandsmitglieds (Frauenplatz)
2. Nachwahl einer Kassenprüferin/eines Kassenprüfers
3. Sonstiges

Bitte erscheint zahlreich und wegen der Wahlversammlung pünktlich.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss/Bernhard Müller (SprecherIn des Bezirksverbands)